

# NATIONALE BEKANNTMACHUNG

## Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

08.05.2026

Verfahren: VGF/Stadt 060/26 - Viergleisiger Ausbau Straba. HBF - Durchführung einer NKU  
Auftraggeber: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)

### DETAILS ZUR BEKANNTMACHUNG

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)  
Kurt-Schumacher-Str. 8  
60311 Frankfurt am Main  
Deutschland  
+49 6921323300

vergabestelle@vgf-ffm.de

2) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Viergleisiger Ausbau Straba. HBF - Durchführung einer NKU  
Angebot für Nutzen-Kosten-Untersuchung g – Gesamtentwicklung Viergleisiger Ausbau Hauptbahnhof  
(inkl. Düsseldorfer Straße)

Die Stadt Frankfurt am Main plant die Gesamtentwicklung des Hauptbahnhofs und der Düsseldorfer Straße zur Verbesserung der Nahverkehrsinfrastruktur. Dieses Vorhaben umfasst zwei wesentliche Maßnahmen:

- Bauabschnitt Süd: Viergleisiger Ausbau der Kombihaltestelle Hauptbahnhof für Straßenbahnen und Linienbusse (inklusive Neuordnung des Straßenraums)
- Bauabschnitt Nord: Umgestaltung der Düsseldorfer Straße (inklusive der Haltestelle Platz der Republik)

Der Frankfurter Hauptbahnhof ist ein zentraler Umsteigepunkt für den Fern-, Regional- und Nahverkehr. Die bestehende Verkehrsinfrastruktur kann die steigenden Fahrgastzahlen und das ausgeweitete Angebot im Straßenbahn- und Busverkehr nicht mehr effizient bewältigen. Bauabschnitt Süd: Viergleisiger Ausbau der Kombihaltestelle Hauptbahnhof

Derzeit sind Busse und Straßenbahnen über sechs Haltestellen am Hauptbahnhof verteilt, was zu komplizierten Umsteigesituationen und Kapazitätsengpässen führt. Die geplante viergleisige, barrierefreie Kombihaltestelle wird eine zentrale Verknüpfung mit kurzen Wegen ermöglichen und die Leistungsfähigkeit des Bahnhofsvorplatzes signifikant steigern. Der angrenzende Straßenraum wird ebenfalls neu geordnet, um den Anforderungen des StVV-Beschlusses § 4424/2019 („Bürgerbegehren Radentscheid Frankfurt am Main“) gerecht zu werden.

Bauabschnitt Nord: Umgestaltung der Düsseldorfer Straße und der Haltestelle Platz der Republik

Die Düsseldorfer Straße ist eine wichtige Verbindungsstrecke zwischen dem Hauptbahnhof und der Fahrtrichtung Messe bzw. Höchst. Die Haltestelle „Platz der Republik“ wird von sechs Straßenbahnlinien bedient und benötigt dringend eine Kapazitätserweiterung, um das zukünftige Fahrplanangebot angemessen abzuwickeln. Daher wird sie dreigleisig ausgebaut. Parallel dazu erfolgt eine Anpassung des Straßenraums für den motorisierten Individualverkehr und Radverkehr.

Die Fertigstellung beider Maßnahmen (Bauabschnitt Süd sowie Nord) ist bis Ende 2029 vorgesehen. Zum Nachweis der Förderfähigkeit nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) steht als nächster Schritt die Durchführung einer Nutzen-Kosten-Untersuchung g nach dem standardisierten Bewertungsverfahren an. Wir bitten Sie daher um ein Angebot, das im Wesentlichen folgende Punkte umfassen soll (Näheres ist der Maßnahmen- und Leistungsbeschreibung zu entnehmen):

1. Darstellung der beabsichtigten Vorgehensweise
2. Schätzung der erforderlichen Bearbeitungszeit

### 3. Kostenangaben zu den einzelnen Arbeitsschritten

Die Untersuchung soll insbesondere die bestehenden und zukünftigen Belastungen während der Spitzenzeiten berücksichtigen und deren Auswirkungen auf die Verkehrseffizienz bewerten. Das Angebot soll zudem die Option zur Durchführung einer Sensitivitätsbetrachtung beinhalten, um eine mögliche Optimierung des Gesamtkonzepts zur Erzielung eines stabilen Nutzen-Kosten-Indikators in einem weiteren Planungsfall zu untersuchen.

Ort der Leistungserbringung:  
60329 Frankfurt am Main

### 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Ja  
Angebote können abgegeben werden für: Bieter muss für alle Lose anbieten (nicht weniger)  
Los-Nr. 1 Losname HBF - Durchführung einer NKU  
Beschreibung HBF  
Los-Nr. 2 Losname DUE - Durchführung einer NKU  
Beschreibung DUE

### 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

### 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Von: 27.05.2026 Bis: 20.10.2026

### 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/extermal/deeplink/subproject/07ebd33c-5457-432a-98c5-8bfe6d7194a2>

### 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 19.05.2026 10:00:00  
Bindefrist: 26.05.2026

### 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

keine

### 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Skonto zugelassen, Zahlbarmachung innerhalb von 14 Tagen, innerhalb von 30 Tagen netto.

### 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Eigenerklärungen (gegebenenfalls Unterlagen), die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt:  
Der Bewerber/Bieter weist seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung) gemäß §§ 31 Abs. 1, 33 Abs. 1 UVgO nach. Nachzuweisen sind nachfolgende Kriterien, wobei die Art der Nachweiserbringung in den Vergabeunterlagen angegeben wird. Regelmäßig werden Formblätter vorgegeben.

Zuverlässigkeit im Sinne von § 31 Abs. 1 UVgO in Verbindung mit §§ 123, 124 GWB

Eintragung im Handelsregister, soweit das Unternehmen eintragungspflichtig ist.

Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz und § 19 Mindestlohnsgesetz.

Zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

Nachweis über einen durchschnittlichen Jahresumsatz des Büros in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren von jeweils mindestens 200.000 €.

Nachweis über die Anzahl der Mitarbeitenden im Büro/Unternehmen:  
mindestens 7 festangestellte Mitarbeitende

Qualifikation des Projektteams:

Benennung eines Projektleiters für die Bearbeitung der Nutzen-Kosten-Untersuchung mit mind. 15 Jahren Berufserfahrung und einem abgeschlossenen Master-Studienabschluss (oder Dipl.-Ing.) im Bereich Verkehrsingenieurwesen / Bauingenieurwesen / Architektur / Geografie / o.ä.

Der Nachweis zur Mitwirkung an 3 vergleichbaren Nutzen-Kosten-Untersuchungen (Netto-Baukostenvolumen von mind. 30 Mio. €) der zuständigen Projektleitung ist zu erbringen.

Zusätzlich sind zwei weitere Projektmitglieder zu benennen.

Zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit:

Nachweis über mindestens fünf erfolgreich abgeschlossene Nutzen-Kosten-Untersuchungen von Straßenbahnmaßnahmen im innerstädtischen, hochverdichteten Raum mit Großstadtbezug gemäß den jeweils geltenden Bewertungsverfahren zur Ermittlung der Förderfähigkeit nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) innerhalb der letzten fünf Jahre.  
Eines dieser Projekte muss ein Netto-Baukostenvolumen von mind. 50 Mio. € aufweisen.

Berufs- oder Handelsregister

Nachweis der Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister gemäß den gesetzlichen Vorgaben

Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit entsprechenden Deckungssummen  
Sach- und Vermögensschäden: 1.250.000€, 2-fach maximiert p.a.  
Personenschäden: 5.000.000 €, 2-fach maximiert p.a.  
Ggf. Erklärung des Versicherers, dass im Auftragsfall eine Versicherung in  
entsprechender Höhe abgeschlossen wird, sofern die Deckungssummen nicht  
ausreichen.

Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)

Verpflichtungs- und Eigenerklärung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten unter Berücksichtigung der Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)

Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen gegen Russland

Allgemeine Vertraulichkeitserklärung zum Vergabeverfahren der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Beim Einsatz von Nachunternehmern hat der Bieter ein Verzeichnis über deren Leistungen (Art und Umfang) mit dem Angebot einzureichen (HVA-L Vorlage 103 Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmer)

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, dass sie im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter bilden und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften ("Bietergemeinschaftserklärung").  
Bietergemeinschaften werden Einzelbietern gleichgesetzt, wenn sie die Arbeiten im eigenen Betrieb oder in den Betrieben der Mitglieder ausführen.

Der Nachweis der Eignungskriterien kann – soweit darin enthalten – durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Präqualifizierungsdatenbank (Amtliche Verzeichnisse) für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (HPQR, AVPQ) geführt werden.  
Gelangt das Angebot in die engere Wahl ist beim Einsatz von Nachunternehmen der o.g. Nachweis der Eignung auch für die vorgesehenen Nachunternehmen wie beschrieben zu führen.

Bei öffentlichen Ausschreibungen behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, vor Zuschlagserteilung den Bieter und die Nachunternehmer, an die er den Auftrag vergeben will und die bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt haben oder auf hinterlegte Angaben im Präqualifikationsverzeichnis verwiesen haben, aufzufordern, die einschlägigen Nachweise unverzüglich zur Prüfung beizubringen.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Niedrigster Preis